

**amtliche Bekanntmachung**

014 K 022/19



## AMTSGERICHT VELBERT

### BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am

**Donnerstag, 17. Juni 2021; 10:00 Uhr,  
im Amtsgericht Velbert, Nedderstraße 40, Saal 3**

die im Grundbuch von Langenberg Blatt 1 1 6 6 eingetragenen Grundstücke

Grundbuchbezeichnung:

BV 2) Gemarkung Langenberg, Flur 3, Flurstück 1342, Gebäude- und Freifläche, Bergstraße 5; groß 437 qm

BV 3) Gemarkung Langenberg, Flur 3, Flurstück 1588, Gebäude- und Freifläche, Bergstraße 5; groß 14 qm

versteigert werden.

Laut Wertgutachten sind die Grundstücke mit einem II-geschossigen Zweifamilienhaus (Doppelhaushälfte) und einer Doppelgarage bebaut. Baujahr der Doppelhaushälfte 1958; Wohnhaus-Anbau Baujahr 1980; gartenseitiger Anbau Baujahr ca. 1996. Wohnung OG ca. 84 qm; Wohnung EG ca. 84 qm; ausgebaute Nutzfläche DG Hauptgebäude ca. 21 qm; ausgebaute Nutzfläche DG Anbau ca. 9 qm; ausgebaute Nutzfläche EG Anbau ca. 7 qm. Doppelgarage (hintereinander liegende Stellplätze) Baujahr 1973/1980. Nutzfläche ca. 72 qm.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 11.04.2019 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG insgesamt auf **315.100,00 EUR** festgesetzt. Im Einzelnen für das Flurstück 1342 auf 312.000,00 EUR und für das Flurstück 1588 auf 3.100,00 EUR.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Jeder Teilnehmer des Versteigerungstermins muss bei der Einlasskontrolle einen Fragebogen unterzeichnen, in dem er versichert, dass er keine Symptome einer Corona Erkrankung aufweist und innerhalb der letzten 14 Tage persönlich keinen engen Kontakt mit einer Corona-infizierten Person hatte (Maßstäbe des RKI mind. 15 Minuten Face-to-Face Kontakt unterhalb der Mindestabstandsgrenze von 1,5 M).

Für alle Teilnehmer an der Versteigerung wird aufgrund der Corona-Pandemie im Termin das Tragen eines Mund-Nasenschutzes angeordnet.

Im Sitzungssaal ist nur eine beschränkte Teilnehmerzahl zulässig, es wird den durch Sicherheitsleistung ausgewiesenen Bietinteressenten Vorrang beim Zutritt gewährt (LG Memmingen, Beschluss vom 20. Mai 2015 – 44 T 510/15).

Velbert, 22.02.2021

